



17.1.2019

# **STELLUNGNAHME**

des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres

für den Haushaltskontrollausschuss

zur Entlastung für die Ausführung des Haushaltsplans von Eurojust für das  
Haushaltsjahr 2017 (Eurojust)  
(2018/2186(DEC))

Verfasser der Stellungnahme: Romeo Franz

PA\_NonLeg

## VORSCHLÄGE

Der Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres ersucht den federführenden Haushaltskontrollausschuss, folgende Vorschläge in seinen Entschließungsantrag zu übernehmen:

1. begrüßt die Schlussfolgerungen des Rechnungshofs, wonach die Jahresrechnung von Eurojust dessen Vermögens- und Finanzlage zum 31. Dezember 2017 insgesamt sachgerecht darstellt und die ihr zugrunde liegenden Vorgänge rechtmäßig und ordnungsgemäß sind;
2. begrüßt, dass der Rechnungshof keine Bemerkungen zur Ausführung des Haushaltsplans 2017 von Eurojust anbringt; begrüßt insbesondere, dass die meisten der Empfehlungen, die der Rechnungshof in den Vorjahren abgegeben hat, umgesetzt wurden; betont insbesondere, dass der Rechnungshof seit 2017 nicht mehr von übermäßigen Übertragungen von Mitteln für Verpflichtungen aus dem Vorjahr (2016) auf das laufende Haushaltsjahr (2017) bei Titel II (Ausgaben für Unterstützungsmaßnahmen) berichtet;
3. bedauert, dass Eurojust nicht alle seine Stellenausschreibungen auf der Website des Europäischen Amtes für Personalauswahl (EPSO) veröffentlicht, sondern lediglich auf seiner eigenen Website und in den sozialen Medien; stellt fest, dass Eurojust Bedenken im Hinblick auf zusätzliche Übersetzungskosten hegt, da das EPSO die Veröffentlichung von Stellenausschreibungen in allen Amtssprachen verlangt, weist jedoch darauf hin, dass im Fall von Eurojust nur eine begrenzte Zahl von Stellen betroffen ist; stimmt mit dem Rechnungshof darüber überein, dass die Veröffentlichung auf der Website des EPSO wichtig und nützlich wäre, da durch Veröffentlichungen des EPSO die Transparenz und die Wahrnehmung in der Öffentlichkeit erhöht werden und die EU-Bürger Stellenausschreibungen der Organe und Agenturen der EU gebündelt einsehen können; fordert deshalb, dass Eurojust seine Stellenausschreibungen auch auf der Website des EPSO veröffentlicht; fordert die Kommission auf, Maßnahmen zur Verringerung der finanziellen Belastung der Agenturen, die durch die Übersetzung von Stellenausschreibungen entsteht, in Betracht zu ziehen, unter anderem den Abschluss einer Ad-hoc-Rahmenvereinbarung mit dem Übersetzungszentrum für die Einrichtungen der Europäischen Union (CdT);
4. weist erneut auf die Bedeutung und den Mehrwert von Eurojust für die europaweite Bekämpfung der organisierten Kriminalität hin, insbesondere auf seine Rolle bei der Finanzierung gemeinsamer Ermittlungsgruppen; begrüßt unter diesem Aspekt, dass vor kurzem eine neue Vereinbarung zwischen Eurojust und Europol<sup>1</sup> geschlossen wurde, in der die Kriterien und Voraussetzungen für die von ihnen jeweils geleistete finanzielle Unterstützung für die Tätigkeiten gemeinsamer Ermittlungsgruppen festgelegt werden;

---

<sup>1</sup> Memorandum of Understanding on the joint establishment of rules and conditions for financial support to joint investigation team activities between Europol and Eurojust (Vereinbarung zwischen Europol und Eurojust zur gemeinsamen Festlegung der Regeln und Voraussetzungen für die finanzielle Unterstützung der Tätigkeiten gemeinsamer Ermittlungsgruppen), unterzeichnet am 1. Juni 2018.

5. bedauert, dass die Empfehlung des Rechnungshofs aus dem Jahr 2010, wonach eine Neudefinition der jeweiligen Aufgaben und Zuständigkeiten des Verwaltungsdirektors und des Kollegiums von Eurojust in Betracht gezogen werden sollte, um die Überschneidung von Zuständigkeiten zu vermeiden, die sich aus dem Gründungsbeschluss<sup>1</sup> ergibt, Ende 2017 noch offen war; nimmt zur Kenntnis, dass die Bewältigung dieses Problems nicht in der Macht von Eurojust liegt, dass die Angelegenheit jedoch von den beiden gesetzgebenden Organen im Rahmen der Überarbeitung des Mandats von Eurojust geprüft wurde; begrüßt, dass die neue Eurojust-Verordnung<sup>2</sup> erlassen wurde, und erwartet, dass das Problem durch die neue Struktur und die Verdeutlichung der Aufgaben und Zuständigkeiten innerhalb dieser Struktur, zu der auch der neue Verwaltungsrat gehört, gelöst wird.

---

<sup>1</sup> Beschluss 2002/187/JI des Rates vom 28. Februar 2002 über die Errichtung von Eurojust zur Verstärkung der Bekämpfung der schweren Kriminalität (ABl. L 63 vom 6.3.2002, S. 1).

<sup>2</sup> Verordnung (EU) 2018/1727 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. November 2018 betreffend die Agentur der Europäischen Union für justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen (Eurojust) und zur Ersetzung und Aufhebung des Beschlusses 2002/187/JI des Rates (ABl. L 295 vom 21.11.2018, S. 138).

## ANGABEN ZUR ANNAHME IM MITBERATENDEN AUSSCHUSS

<b>Datum der Annahme</b>	10.1.2019
<b>Ergebnis der Schlussabstimmung</b>	+:               43 -:                2 0:                1
<b>Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Mitglieder</b>	Asim Ademov, Martina Anderson, Heinz K. Becker, Monika Beňová, Michał Boni, Caterina Chinnici, Rachida Dati, Frank Engel, Laura Ferrara, Romeo Franz, Kinga Gál, Ana Gomes, Nathalie Griesbeck, Sylvie Guillaume, Monika Hohlmeier, Sophia in 't Veld, Cécile Kashetu Kyenge, Monica Macovei, Roberta Metsola, Claude Moraes, Ivari Padar, Judith Sargentini, Birgit Sippel, Csaba Sógor, Helga Stevens, Traian Ungureanu, Bodil Valero, Marie-Christine Vergiat, Udo Voigt, Josef Weidenholzer, Kristina Winberg, Tomáš Zdechovský, Auke Zijlstra
<b>Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellvertreter</b>	Dennis de Jong, Anna Hedh, Lívia Járóka, Marek Jurek, Jean Lambert, Jeroen Lenaers, Andrejs Mamikins, Angelika Mlinar, Maite Pagazaurtundúa Ruiz, Christine Revault d'Allonnes Bonnefoy
<b>Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellv. (Art. 200 Abs. 2)</b>	Norbert Erdős, Fernando Ruas, Adam Szejnfeld

## NAMENTLICHE SCHLUSSABSTIMMUNG IM MITBERATENDEN AUSSCHUSS

43	+
ALDE	Nathalie Griesbeck, Sophia in 't Veld, Angelika Mlinar, Maite Pagazaurtundúa Ruiz
ECR	Marek Jurek, Monica Macovei, Helga Stevens
EFDD	Laura Ferrara
GUE/NGL	Martina Anderson, Dennis de Jong, Marie-Christine Vergiat
PPE	Asim Ademov, Heinz K. Becker, Michał Boni, Rachida Dati, Frank Engel, Norbert Erdős, Kinga Gál, Monika Hohlmeier, Lívia Járóka, Jeroen Lenaers, Roberta Metsola, Fernando Ruas, Csaba Sógor, Adam Szejnfeld, Traian Ungureanu, Tomáš Zdechovský
S&D	Monika Beňová, Caterina Chinnici, Ana Gomes, Sylvie Guillaume, Anna Hedh, Cécile Kashetu Kyenge, Andrejs Mamikins, Claude Moraes, Ivari Padar, Christine Revault d'Allonnes Bonnefoy, Birgit Sippel, Josef Weidenholzer
VERTS/ALE	Romeo Franz, Jean Lambert, Judith Sargentini, Bodil Valero

2	-
ENF	Auke Zijlstra
NI	Udo Voigt

1	0
ECR	Kristina Winberg

Erklärung der benutzten Zeichen:

+ : dafür

- : dagegen

0 : Enthaltung